

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
160 · Ausgabe Region Bern · Februar 2016



Sanierung Bernstrasse und Umstellung Linie 10 von Bus auf Tram

Anfang April haben die Stimmberechtigten von Ostermundigen erneut Gelegenheit, zur Sanierung der Bernstrasse und zur Umstellung der überlasteten Buslinie 10 auf Trambetrieb Stellung zu nehmen. Nach der Ablehnung des Projekts «Tram Region Bern» (Ostermundigen-Bern-Köniz) hat ein Komitee bereits nach kurzer Zeit eine Volksinitiative eingereicht mit dem Ziel, auf dem eigenen Gemeindegebiet die geplanten Infrastrukturverbesserungen doch noch zu realisieren. Der Gemeinderat und das Parlament haben zur Initiative einen leicht veränderten Gegenvorschlag ausgearbeitet, der ebenfalls zur Volksabstimmung kommt.

Bei beiden Vorlagen geht es nicht nur um die Tramlinie. Für die Gemeinde ebenso wichtig sind

- die Sanierung der Bernstrasse,
- die Sanierung der in der Bernstrasse liegenden Werkleitungen,
- der gesetzlich geforderte behindertengerechte Ausbau der Bahnhofunterführung.

Die Modernisierung der Bahnhofunterführung bringt zudem eine erhebliche Verbesserung der Umsteigeverhältnisse für die ÖV-Kundschaft. Zentral ist dabei die Erkenntnis, dass die Gemeinde die

Die Gemeinde erhält die anstehenden Sanierungen niemals so günstig, wie wenn alle Arbeiten koordiniert ausgeführt werden.

anstehenden Sanierungen niemals so günstig erhält, wie wenn alle Arbeiten koordiniert und in Zusammenarbeit mit Bund, Kanton und Stadt Bern ausgeführt werden – entweder gemäss Initiative oder gemäss Gegenvorschlag.

Initiative und Gegenvorschlag sind fast identisch, insbesondere auch bezüglich des beantragten Gemeindegredits von 28 Mio. Franken. Sie unterscheiden sich einzig in Bezug auf die Lage der Tram-Endstation: Gemäss der Initiative wendet das Tram unterhalb der Rüti bei der «Waldkurve», gemäss Gegenvorschlag fährt das Tram «mindestens bis ins Oberfeld». Der Gemeinderat würde als nächsten Schritt prüfen, ob das Tram im Steingrübli-Quartier, im Oberfeld oder doch unterhalb der Rüti wenden soll. Der Gegenvorschlag eröffnet gemäss Gemeinderat mehr Handlungsspielraum. Er weist nach, dass die Sanierung der Bernstrasse und der Werkleitungen in eigener Regie und ohne Umstellung von Bus auf Tram markant teurer wäre, weil die Gemeinde dafür sämtliche Kosten tragen müsste, die allein schon höher wären als die mit der Abstimmungsvorlage beantragten 28 Mio. Die Kosten für einen Ausbau der Buslinien kämen noch dazu.

Wichtig ist deshalb das doppelte Ja als Abstimmungsparole für alle, die entweder die Initiative oder den Gegenvorschlag bevorzugen. Das betonen sowohl das Initiativkomitee als auch die Gemeindebehörden. SP-Genosse Christian Zahler, Mitglied des überparteilichen Initiativkomitees, bevorzugt und empfiehlt nach wie vor die Initiative, weil sie in der Umsetzung einfacher ist: Keine Variantenstudien mehr und nur noch wenige zusätzliche Planungen. Zahler unterstreicht aber, wie enorm wichtig es ist, dass alle Stimmberechtigten, die für eine nachhaltige Weiterentwicklung der Gemeinde eintreten, am 3. April auch tatsächlich an die Urne gehen.

Die GL der SP Region Bern-Mittelland teilt diese Auffassung. Sie stellt ihrerseits fest, dass damit eine letzte Chance besteht, ein wichtiges regionales ÖV-Projekt zumindest teilweise zu realisieren. Nur ein dezidiertes «JA zur Entwicklung von Ostermundigen» kann die Kapazitätsprobleme der Linie 10 beheben und gleichzeitig die Qualität der ÖV-Transportkette (Übergang vom Tram zur S-Bahn) am Bahnhof Ostermundigen entscheidend verbessern!

Hans-Jörg Rhy, Vizepräsident SP Region Bern-Mittelland

Bern braucht dringend mehr Schulraum

Seit zehn Jahren wächst die Bevölkerung von Bern wieder. Insbesondere Familien ziehen heute in die Stadt, ein Erfolg der entsprechenden Bemühungen auf politischer Ebene. Damit steigt auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler sowie der Kindergartenkinder. Allein letztes Jahr hat Bern 15 neue Schulklassen eröffnet und der Zuwachs geht weiter.

Das bedeutet zusätzlichen Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern sowie natürlich auch an Schulzimmern, Turnhallen und weiteren Räumlichkeiten – doch genau daran mangelt es. Bereits sind die Reserven in vielen Quartieren ausgeschöpft. Zur Überbrückung werden Räume zugemietet (teilweise sogar in Privathäusern) sowie Neu- und Modulbauten erstellt. Um der Schulraumknappheit Herr zu werden und eine solche künftig zu vermeiden, arbeitet seit Juni 2014 eine direktionenübergreifende Arbeitsgruppe, in der alle relevanten Stellen eingebunden sind. Die Federführung hat das Schulamt.

«Von einer Familienstadt dürfen genügend Investitionen in eine zeitgemässe Schule erwartet werden»

INTERVIEW MIT IRENE HÄNSENBERGER, LEITERIN SCHULAMT BERN

Seit anderthalb Jahren ist die Arbeitsgruppe für die Schulraumplanung tätig. Wie ist die Zwischenbilanz?

Dank der Klärung der Zuständigkeit und der nun klaren Organisation können wir die anstehenden Herausforderungen besser und effektiver angehen. Die Schulraumplanung wird immer eine komplexe Aufgabe bleiben – vor allem dort, wo die Stadt durch innere Verdichtung wächst und es dadurch schwierig ist, zusätzliche Fläche für Schulraum zu finden. Wichtig war zudem, die Stelle eines Schulraumplaners zu schaffen. Denn auch hier hatte Bern Nachholbedarf.

Zürich etwa kennt weniger Schulraumknappheit. Was machen sie besser?

Wir sind auch «Opfer» unseres Erfolgs als Familienstadt. Bern hatte bis 2011 sinkende Schülerinnen- und Schülerzahlen. Seither steigen diese um 2,5 bis 3 Prozent jährlich. Verschiedene Schulanlagen sind deshalb an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt. Zürich hat den Vorteil, dass das Parlament einen Rahmenkredit von 50 Millionen Franken gesprochen hat für Modulbauten. Diese Flexibilität fehlt uns.

Bern setzt nun teilweise auch auf Modulbauten. Kann darin guter Unterricht garantiert werden?

Ja, Modulbauten genügen den Anforderungen an zeitgemässen Unterricht. Sie sind vergleichbar mit

«Grössere Klassen wären für Schule und Integration belastend.»



Neubauten wie dem Kindergarten Haspelweg oder dem Neubau Sulgeneck. Solche Bauten sind hochwertig, können modular zusammengesetzt werden und sind sowohl energetisch wie fürs Pädagogische auf dem neusten Stand.

Der Gemeinderat setzt aber auch auf Dauerlösungen. In den nächsten acht Jahren sollen 400 Millionen in Schulen und Kindergärten investiert werden. Eine nun nötige Parforceleistung nach vorheriger Untätigkeit?

Ich würde nicht von Untätigkeit sprechen, sondern von fehlenden Finanzen für Investitionen. Der Unterhaltsbedarf ist dadurch gewachsen. Der Betrag ist gerechtfertigt durch den Nachholbedarf im Unterhalt und den Mehrbedarf an Schulraum. Von einer Stadt, die Familienstadt

sein will, dürfen genügend Investitionen in eine zeitgemässe Schule erwartet werden.

Die SVP hat ein simples Rezept: einfach die Klassen vergrössern.

Die Vorgabe des Kantons ist ein gesamtstädtischer Klassendurchschnitt von mindestens 20 Schülerinnen und Schülern. Das ist für mich die oberste Grenze. Eine Erhöhung wäre für unsere Schule äusserst belastend und würde vor allem den Integrationsprozess empfindlich stören.

Wäre eine Anpassung der Schulkreise – wie es manche fordern – eine Option?

Nein, aber eine Flexibilisierung der Schulkreisgrenzen kann helfen. Schülerinnen und Schüler jeden Alters sollen ihren Schulweg selbständig bewältigen können. Deshalb beschränkt sich der Spielraum auf die grösseren Schülerinnen und Schüler, denen man weitere Schulwege zumuten kann.

Für eine gute Schule sind vor allem auch motivierte Lehrerinnen und Lehrer wichtig. Wie ist da die Situation?

Die Lehrpersonen sind der Schlüssel für guten Unterricht. Wir sollten ihnen adäquaten Schulraum für ihre Arbeit zur Verfügung stellen und sie müssen spüren, dass die Volksschule wichtig ist. Ich wünschte mir, wir könnten noch vermehrt Teamteaching anbieten.

Interview: Marieke Kruit, Stadträtin SP

DIE SP IN DER REGION

Die SP Schwarzenburg zwischen Erfolg und Nachwuchsproblemen

Karl Schoenenberger

Die Wurzeln der SP Schwarzenburg gehen auf den Anfang des letzten Jahrhunderts zurück. Trotz einer stattlichen Mitgliederzahl spielte die SP in der BGB/SVP-dominierten Gemeinde lange nur eine marginale Rolle in der Gemeindepolitik. Mit dem Bündeln der Kräfte links der Mitte gelang es, mehr Einfluss zu gewinnen. Dennoch plagen die Sektion Nachwuchsorgen.

Gründung und Bewährung

Vor der Jahrhundertwende um 1900 stellten sich im Schwarzenburgerland erste Zeichen der sich bildenden Sozialdemokratie ein: durch die Forderung nach Verhältniswahlen im Kanton (1895) und das Wirken von Arbeiterbildungsvereinen. Diese Aktivitäten standen auch im Zusammenhang mit der Eröffnung der Eisenbahnlinie 1907. Leider haben die Sozialdemokraten im Amt Schwarzenburg ihren Gründungsdokumenten wenig Bedeutung zugemessen und sie entsorgt. Dank der Akten im Gemeindearchiv lässt sich die Gründung der SP Schwarzenburg wahrscheinlich aufs Jahr 1912 datieren. Im Juni 1913 stellte die Partei das Gesuch an den Gemeinderat, bei den bevorstehenden Wahlen

Mit dem Bündeln der Kräfte links der Mitte gelang es der SP, mehr Einfluss zu gewinnen.

berücksichtigt zu werden und ein SP-Mitglied in den Wahlausschuss delegieren zu können. Dem Gesuch wurde entsprochen, aber die Partei musste vorher dem Gemeinderat ein Mitgliederverzeichnis einreichen. Sekundarlehrer Friedrich Schwarz wurde für die Gemeindewahlen 1913 in diesen Ausschuss gewählt.

1917 berichtete die Berner Tagwacht von drei SP-Sektionen im Amt: Schwarzenburg und Rüschegg mit je über 100 Mitgliedern und Albligen mit 30 Männern. Nach der Einführung der Verhältniswahlen im Grossen Rat (1922) schaffte im Mai 1926 mit Ernst Hostettler aus Elsierried/Mamishaus erstmals ein Sozialdemokrat den Sprung in den Grossen Rat. Der Sitz ging aber schon 1930 verloren, und es sollte 20 Jahre dauern, bis die SP aus unserem Amt 1950 mit dem BLS-Zugführer Robert Beyeler wieder im Kantonsparlament vertreten war.

Eine Land-SP, immer in der Minderheit

Bis in die frühen 50er-Jahre waren die Sozialdemokraten nur mit einem Mitglied im damals 11-köpfigen Gemeinderat vertreten. Die Protokolle berichten von weiteren Problemen der Sozialdemokraten: Einige beklagten sich, an den Parteiversammlungen im Restaurant jeweils ein Getränk konsumieren zu müssen. An der Hauptversammlung im Januar 1939 wurde nach längerer Diskussion für die Frauengruppe der SP Schwarzenburg eine Unterstützung von 10 Franken gesprochen. Später

hatte der Arbeiter-Radfahrerbund Probleme, seine «Riegenvelos» einzustellen.

Heute erfolgreich und dennoch ...

Vor der Jahrtausendwende stellte die SP drei Mitglieder im Gemeinderat, der vorerst noch 11, dann 9 Mitglieder zählte. Die Reduktion auf 7 Sitze geschah 2008. Rekrutierungsschwierigkeiten für Rat und Kommissionen brachten die Partei dazu, ihre zahlreichen SympathisantInnen besser kennen zu lernen und zu organisieren. Mit der Gründung der politischen Plattform «Schwarzenburg links der Mitte» (SLM) ergab sich 2008 die Möglichkeit zu einer engen und erfolgreichen Zusammenarbeit. Im gleichen Jahr schaffte mit Ruedi Flückiger erstmals ein SP-Mitglied die Wahl zum Gemeindepräsidenten. Nach der Gemeindefusion mit Albligen gehen nun auch die beiden SP-Sektionen zusammen und haben etwa 70 Mitglieder.

In Flückigers Zeit als Gemeindepräsident hat Schwarzenburg einen grossen Schritt hin zu einer offenen, lebendigen und ökologischen Gemeinde gemacht. Im Dezember 2015 gab Ruedi seinen Rücktritt auf Ende 2016 bekannt, was wir sehr bedauern. Der Grat zwischen Erfolgen und Nachwuchsproblemen ist schmal, denn die Kinder unserer Mitglieder ziehen meist von Schwarzenburg weg. Und die wenigen jüngeren Mitglieder in der Partei sind beruflich sehr gefordert.

Peter Nussbaum, Präsident SP Schwarzenburg

SP UND SLM IN ÄMTERN

Ruedi Flückiger, SP, Gemeindepräsident

Dominik Mäder, SLM, Gemeinderat

Urs Rohrbach, SLM, Gemeinderat

Sarah Gabi Schönenberger, SP, Grosser Rat

Peter Nussbaum, SP, Parteipräsident

RÜCKTRITT ALS PRÄSIDENTIN DER STADTRATSFRAKTION

Merci, Annette!

Die stadtbernerische Budget- und Aufsichtskommission (BAK) hatte 2009 die schwierige Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen dem Finanzinspektorat und der Direktion für Bildung, Soziales und Sport bei der Prüfung von Sozialhilfedossiers zu untersuchen. Die Leitung der Analyse dieses heiklen Geschäfts oblag der damaligen Kommissionspräsidentin: Annette Lehmann. Sie meisterte diese Aufgabe souverän. Für die SP-Fraktion war es folglich ein Glücksfall, dass sie sich für die Nachfolge von Giovanna Battagliero als Fraktionspräsidentin zur Verfügung stellte und Ende April gewählt wurde.

Knapp sechs Jahre später kann die Arbeit von Annette mit drei «G» charakterisiert werden: gelassen, gerecht und gradlinig. Gelassen hat sie manche schwierige Klippe umschiffert oder das Schiff durch hohe Wellen gelenkt. Unzählige Fraktionssitzungen hat sie gerecht und fair geleitet – was nicht einfach so selbstverständlich ist, wenn man bedenkt, wie bunt zusammengewürfelt diese Gruppe von PolitikerInnen ist. Wenn es um wichtige Geschäfte oder um zentrale sozialdemokratische Anliegen ging, war sie konsequent und gradlinig. Diese Eigenschaften wurden weit über die eigenen Kreise hinaus anerkannt. So konnte sie wo nötig Koalitionen schmieden oder wichtigen Anliegen zum Durchbruch verhelfen. Auch wutentbrannte Kollegen anderer Fraktionen mussten erduldet und Einlullungsversuche abgewehrt werden. Beides sind Fähigkeiten, die für einen solchen Posten unerlässlich sind.

Ein Wermutstropfen ist, dass die unermüdliche Arbeit von Annette von den Medien wenig zur Kenntnis genommen wurde. Polterer und Stänkerer nehmen dort leider viel zu viel Platz ein. Im «Bund» vom April 2010 wurde Annette in einem anständigen Porträt vorgestellt. Dort charakterisierte sie sich mit den Eigenschaften, dass Dialog ihre Stärke sei und dass sie klassische sozialdemokratische Werte vertrete. Beides traf zu: Sie setzte sich dafür ein, dass Grundrechte auch auf städtischer Ebene nicht beschnitten werden oder dass Angebote der Stadt in ihrer Qualität nicht verschlechtert werden. Durch ihre Fähigkeit, auf

Annette hat die Politik der SP Stadt Bern massgeblich mitgeprägt.

Menschen einzugehen und im Gespräch nach Lösungen zu suchen, verhinderte sie viele unangenehme Situationen. Wie gross aber war der Artikel in derselben Zeitung zu ihrem Rücktritt? Ein paar Zeilen in der Randspalte.

Annette hat unzählige Fraktionssitzungen geleitet. An fast keiner Stadtratssitzung hat sie gefehlt. Sie hat die Politik der SP Stadt Bern in der Parteileitung massgeblich mitgeprägt. Die SP Stadt Bern dankt Annette für ihren grossartigen Einsatz und ist froh, dass sie im einen oder anderen Gremium auch weiterhin mitwirkt.

Stefan Jordi, Co-Präsident SP Stadt Bern



Annette Lehmann, flankiert von ihren Nachfolgerinnen Marieke Kruit (links) und Lena Sorg

MARIEKE KRUIT UND LENA SORG BILDEN DAS NEUE CO-PRÄSIDIUM DER SP-FRAKTION

Einstimmig hat die SP-Stadtratsfraktion Lena Sorg und Marieke Kruit zu ihrem neuen Co-Präsidium gewählt. Beide gehören seit 2013 dem Stadtrat an. Die Co-Präsidentinnen decken unterschiedliche Themen ab und haben verschiedene berufliche und private

Hintergründe, die sich bestens ergänzen. Die 47-jährige Fachpsychologin Marieke Kruit ist Mitglied der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS). Ihre politischen Schwerpunkte sind Verkehr, Wohnbau, Bildungs- und Alterspolitik. Die 31-jährige An-

wältin Lena Sorg gehört der Kommission für Finanzen, Sicherheit, Umwelt (FSU) an und ist Mitglied der Finanzdelegation. Ihre thematischen Schwerpunkte sind Grundrechte, Sicherheitspolitik, soziale Gerechtigkeit und Wohnpolitik.